



Statement

Elke Hannack

stellvertretende DGB-Vorsitzende

Pressekonferenz zur Veröffentlichung des Ausbildungsreport 2020

am 27.08.2020 in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!



Sehr geehrte Damen und Herren,

eine gute Ausbildung ist und bleibt das Fundament für einen erfolgreichen Start in das Berufsleben. Wer Fachkräfte braucht, muss ausbilden. Das gilt auch und gerade in Krisenzeiten, wie wir sie aktuell haben. Viele Berufe der dualen Ausbildung sind für die Grundversorgung unserer Gesellschaft von besonderer Bedeutung. Jetzt zeigt sich ganz klar: Auch die duale Berufsausbildung ist systemrelevant. Um dieser Bedeutung gerecht zu werden, muss die Qualität der Ausbildung aber auch stimmen. Dazu gleich mehr von unserer Bundesjugendsekretärin.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Corona-Pandemie zeigt ihre Auswirkungen auch auf dem Ausbildungsmarkt. Dabei ist Lage von Branche zu Branche sehr unterschiedlich. Das Handwerk verzeichnete bundesweit bis Ende Juli einen Rückgang der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge um 13 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Betriebe und Jugendliche halten sich spürbar zurück. Die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze ist ebenso rückläufig, wie die Zahl der Jugendlichen, die sich um einen Ausbildungsplatz bewerben.

Nach der Statistik der Bundesagentur ist die Zahl der Jugendlichen, die sie direkt in Ausbildung vermittelt hat, um gut 18 Prozent gesunken. (im Vergleich zum Vorjahreszeitraum)

Eine aktuelle Szenarien-Analyse des Bundesinstituts für Berufliche Bildung zeigt die Tendenz, die zu erwarten ist. Demnach könnte die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Jahr 2020 auf bis zu 456.000 absinken. Das wäre der niedrigste Stand, den wir seit Gründung der Bundesrepublik jemals hatten. Zum Vergleich: In 2009 wurden 564.307 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen.

Mehr noch: Der Rückgang wird laut BIBB vor allem Branchen betreffen, in denen Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss überhaupt noch Chancen auf einen Ausbildungsplatz haben. Sie könnten zu den großen Verlierern der Krise werden. Sie können auch nicht auf ein Studium oder eine Ausbildung in den Gesundheits- oder Sozialberufen (Zugangsvoraussetzungen) ausweichen. Sie sind dringend auf einen Ausbildungsplatz im dualen System angewiesen.

Zum einen halten sich die Unternehmen zurück. Zum anderen ist die Nachfrage bei den Jugendlichen aber auch geringer. Eine Ursache dafür ist die derzeit eingeschränkte Berufsberatung der Arbeitsagenturen, die nicht wie üblich an den Schulen stattfindet. Potenziell ausbildungsinteressierte junge Menschen erhalten damit nicht die Unterstützung bei der beruflichen Orientierung und Berufswahl, die sie benötigen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

bereits vor der Corona-Pandemie war der Ausbildungsmarkt angespannt. Seit zwei Jahrzehnten gibt es strukturelle Probleme auf dem Ausbildungsmarkt, die sich nun durch die Pandemie noch verschärfen werden. Schon während der Finanzkrise in 2008 gab es einen Einbruch bei der Zahl der neuen Ausbildungsplätze um 8 Prozent – der bis heute nicht wieder ausgeglichen werden konnte.



Bis heute gibt es immer weniger abgeschlossene Ausbildungsverträge. Junge Frauen ziehen sich zunehmend aus der dualen Ausbildung zurück. Die Zahl der Betriebe die überhaupt noch ausbilden liegt mittlerweile bei unter 20 Prozent. Junge Menschen mit maximal einem Hauptschulabschluss haben auf dem Ausbildungsmarkt deutlich schlechtere Chancen. In der Folge rechnen wir mit einer weiter steigenden Ausbildungslosigkeit. Und die ist Gift für unsere Gesellschaft. Schon heute sind ca. 2,12 Millionen junge Menschen im Alter zwischen 20 und 34 Jahren ohne Berufsabschluss. Ihnen fehlt damit die Grundvoraussetzung für einen qualifizierten Zugang zum Erwerbsleben. Diesen Menschen droht ein Leben in prekärer Beschäftigung und Niedriglohn. Sie sind die Hochrisikogruppe auf dem Arbeitsmarkt. Das trägt unweigerlich zur Spaltung unserer Gesellschaft bei.

Der Übergang von der Schule in den Beruf ist in Deutschland nicht überzeugend gelöst. Allein im Übergangsbereich zählt das Bundesinstitut für Berufsbildung mehr als 320 Maßnahmen. Davon ist eigentlich nur der Erwerb höherer Schulabschlüsse erfolgreich – z.B. wenn jemand den Hauptschulabschluss nachholt, viele andere Maßnahmen erweisen sich aber als Sackgassen. Das Ergebnis: In Deutschland sind die Jugendlichen beim Start in Ausbildung im Schnitt 20 Jahre alt, in Österreich – das auch eine duale Berufsausbildung hat – sind es 16 Jahre. In Österreich gibt es aber eine Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz bekommen haben. Sie können notfalls das erste Ausbildungsjahr bei einem Träger starten. Eine solche Ausbildungsgarantie nach österreichischem Vorbild brauchen wir auch in Deutschland. Gerade in Regionen mit angespanntem Ausbildungsmarkt – wie z.B. dem Ruhrgebiet – wird es auch mehr außerbetriebliche Ausbildungsplätze geben müssen – die immer unter Einbeziehung der Sozialpartner eingerichtet werden sollten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Jetzt muss es darum gehen, alles zu tun, um ein Abrutschen des Ausbildungsmarktes zu verhindern.

Damit nach der Corona-Krise nicht die Fachkräftekrise kommt, muss das Programm „Ausbildungsplätze sichern“ der Bundesregierung von den Unternehmen auch genutzt werden. Wir Gewerkschaften haben uns für viele dieser Maßnahmen stark gemacht. In dem Paket sind viele finanzielle Hilfen und Anreize für Betriebe dabei, um die Ausbildung zu stabilisieren. Die Bundesregierung muss dieses Programm, muss diese Möglichkeiten besser bewerben. Die Betriebe stehen in der Verantwortung, diese Möglichkeiten zu nutzen.

Darüber hinaus müssen die Betriebe den Arbeitsagenturen schnellstens ihre freien Ausbildungsplätze melden. Den Arbeitgebern muss klar sein: Wer jetzt an der Ausbildung spart, wird spätestens nach Corona über den Fachkräftemangel klagen.

Wichtig ist und bleibt auch künftig, die Ungerechtigkeiten am Ausbildungsmarkt zu bekämpfen. Alle ausbildungsinteressierten Jugendlichen müssen eine qualifizierte Ausbildung bekommen. Sie dürfen nicht in Warteschleifen oder Schulungsmaßnahmen abgeschoben werden.

Wir brauchen eine gesetzliche Ausbildungsgarantie! Betriebliche Ausbildungsplätze müssen dabei stets Priorität haben.



Und wir müssen einen Blick auf die Berufsschulen werfen. Die Pandemie zeigt: Die beruflichen Schulen sind technisch auf das Lernen auf Distanz nicht vorbereitet. Wenn jetzt Mittel aus dem Digital-Pakt fließen und Soforthilfen für Schulen bereitgestellt werden, muss sicher sein: Auch die Berufsschulen profitieren von diesen Mitteln.

Grundsätzlich bleibt: Die beruflichen Schulen fristen noch immer ein Schattendasein in der Bildungspolitik. Lehrkräftemangel, mangelnde technische Ausstattung und vielfach der Rückzug aus der Fläche gefährden das zweite Standbein des dualen Systems. Wenn aber Berufsschulen aus den Regionen verschwinden, verschwinden mitunter auch ganze Ausbildungsberufe aus diesen Regionen. Deshalb müssen Bund und Länder einen Pakt für berufliche Schulen schließen. Während der Bund über den Hochschulpakt jahrelang Millionen in die Hochschulen investiert hat und investiert, gingen die beruflichen Schulen leer aus. Das muss sich ändern.

Nun aber zum Ausbildungsreport...